



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/VI/284 - 7.12.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 3 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Schuman-Plan als Weihnachtsbescherung?	S. 1
Pariser Zwischenbilanz der UNO	S. 3
Viel Fleiss umsonst vertan	S. 5
Saar-Gewerkschaften vor Gleichschaltung	S. 6
Ein Setzer sagte die Wahrheit	S. 7

---

## Verdächtige Hast

---

(Aa) Zu keiner Zeit der jungen Bundesrepublik war die Entfremdung zwischen Regierung und Opposition so gross, wie heute. Die Gegensätze entzündeten sich nicht nur im Wirtschafts- und Sozialpolitischen. Der Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts, um eine gerechtere Sozialordnung wird überschattet von bitteren Auseinandersetzungen um Methoden und Ziele der deutschen Aussenpolitik. Wir stehen an einer Wegscheide.

Die Bundesregierung hat es mit der Ratifizierung des Schuman-Planes eilig. Bundeskanzler Adenauer hat an den Bundestagspräsidenten Ehlers ein Schreiben gerichtet - Ehlers erfuhr den Inhalt des Briefes bezeichnenderweise erst aus dem Rundfunk - in dem Adenauer noch vor Weihnachten die zweite und dritte Lesung des Schuman-Planes im Parlament verlangt. Dies ist schon aus rein parlamentarisch-technischen Gründen nicht möglich. Erst muss eine Generalausprache im Aussenpolitischen Ausschuss und dann die Einzelberatung im Wirtschaftspolitischen Ausschuss stattfinden. Charakteristisch ist der Unfall der Koalitionspartner im Ältestenrat. Ein Wort von Hallstein genügte, um die Bedenken der FDP und der mit "Opposition in der Koalition" spielenden DP gegen ein übereiltes Vorgehen völlig umzustimmen.

Warum diese verdächtige Hast? Dem Bundeskanzler liegt an-

scheinend ausserordentlich viel daran, bei den Vereinigten Staaten als vollendeter Europäer zu gelten. Es ist eine Politik, die, ob gewollt oder ungewollt, darauf hinausläuft, auf die Ausarbeitung und Durchsetzung eines eigenen Standpunktes zu verzichten und die speziellen deutschen Bedürfnisse dem allgemeinen amerikanischen Interesse nachzuordnen. Den Amerikanern kommt es auf rasche Ergebnisse ihrer Europa-Politik an, auch wenn in der Eile gefasste schwerwiegende Entschlüsse sehr leicht den Keim zum Misserfolg legen können. Warum müssen wir, wo sich in anderen europäischen Ländern eine absolut zögernde Haltung bemerkbar macht, hastig vorprellen und Entscheidungen treffen, die sich nicht mehr reparieren lassen? Man wird den Verdacht nicht los, dass die Annahme des Schuman-Planes noch vor Weismachten erfolgen soll, um den Kanzler in der grossen internationalen Politik eine taktisch günstige Situation für die Durchführung seines anderen grossen Zieles zu geben: Die Schaffung einer deutschen Armee. Um dieses Zieles willen werden alle gewichtigen Bedenken gegen Form und Inhalt des Schuman-Planes - und sie kommen nicht allein aus der parlamentarischen Opposition, führende Wirtschaftsleute und Wissenschaftler teilen sie - zur Seite geschoben.

Es gibt innerhalb der Regierungskoalition Kräfte, die, obwohl sie an einen dauerhaften Erfolg des Schuman-Planes nicht glauben, ihn nur deshalb befürworten, um ihn auf diese Weise später ad absurdum zu führen. Habe man danach erst eine deutsche Armee - so argumentiert man wohl - dann werde man eben weiter sehen und an Möglichkeiten, die dann gewonnene Machtstellung in der internationalen Politik auszunutzen, werde es nicht fehlen. Solche Überlegungen sind für die junge deutsche Republik, die noch so viel in der Hitler-Zeit verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen muss, sehr gefährlich.

Wir wollen nicht sagen, dass der Kanzler, den der britische "Observer" als den Prototyp des nicht aggressiven Deutschen bezeichnete, solchen Gedankengängen huldigt. Er will vielleicht nur mit Schnellzugsgeschwindigkeit in das Klein-Europa hineinfahren, wie er es als Bewunderer Karls des Grossen sieht. Aber seine Regierung stützt sich vornehmlich auf Kräfte, denen der europäische Gedanke gerade gut genug ist, um in seinem Namen eine Aussenpolitik zu treiben, die zwar schlau sein soll, der es aber an Aufrichtigkeit mangelt. Man braucht nur an die Tradition der deutschen Schwerindustrie und an die Reden von Kabinettsmitgliedern zu erinnern.

Vier Wochen Vereinte Nationen  
-----

A.P. Paris

In den ersten vier Wochen ihrer Pariser Tätigkeit gaben die Vereinten Nationen der Welt nicht einmal einen Hoffnungsstrahl. Die Völker sind dem Frieden um keinen Schritt näher gekommen. Die Bilanz ist in dieser Beziehung negativ. Etwas günstiger liegen die Verhältnisse für rein technische Fragen. Auch hierfür kann man zwar keine greifbaren Ergebnisse anführen, wohl aber eine wenigstens teilweise konstruktive Vorbereitung von Lösungen. Das gilt nicht zuletzt für die sozialen Arbeiten der Vereinten Nationen. Erwähnenswert ist der Beschluss, für die Fortführung der internationalen Kinderbeihilfe die Mitglieder um die Leistung weiterer Beiträge zu ersuchen.

Unabhängig von dieser Bilanz gestattet die Tagung der Vollversammlung der UNO eine Reihe von nicht ganz unwichtigen Feststellungen. Zum ersten Mal seit langen Jahren liegt die diplomatische Initiative offensichtlich bei den Westmächten. Die russische Delegation befindet sich in der Verteidigung, woraus sich auch das Bestreben Wjuschinskis erklärt, möglichst als letzter das Wort ergreifen und die jeweiligen Initiativen des Westens auf ein totes Geleise zu schieben, ohne selbst, wie er es in der Vergangenheit tat, zum diplomatischen Angriff überzugehen.

Die zweite Feststellung betrifft die Abwesenheit der bisher üblich gewesenen Zweiteilung der Welt in genau abgegrenzte, politische Blocks. Zwischen den Sowjets auf der einen Seite und den Atlantikpaktstaaten auf der anderen gibt es nunmehr eine Reihe von Ländern, die keineswegs gewillt sind, sich auf Gedeih und Verderb an die eine oder andere Seite zu binden und ihre eigene Politik innerhalb der Vereinten Nationen mit mehr oder weniger glücklichen und ehrbaren Methoden betreiben. Ganz allgemein stehen alle kleineren Staaten den Grossmächten misstrauisch gegenüber. Der Rüstungswettlauf ist ihnen mehr als unerwünscht. Langsam verlieren sie die Geduld und fordern, von den Grossmächten immer vordringlicher eine vernünftige Politik, die sie endlich von dem Risiko des Krieges befreit. In sämtlichen Reden der kleineren Staaten, von Südamerika bis nach Ostasien, ist die Befürchtung zu erkennen, dass die betreffenden Regierungen zwar nicht den geringsten Einfluss auf Krieg und Frieden haben, ihre

Völker jedoch wie diejenigen der Grossmächte die Rechnung für eine kriegerische Entwicklung bezahlen müssten. Ausserdem bedauern diese Länder ebenso einmütig die hohen Rüstungsausgaben, die eine ausreichende Finanzierung ihrer wirtschaftlichen Entwicklungspläne unmöglich machen.

Der Einfluss der Vereinigten Staaten auf die latein-amerikanischen Länder ist heute beschränkter denn je. Die panamerikanische Union begnügt sich mit Prinzipienklärungen und funktioniert wohl nur in Notzeiten. Inzwischen geht Südamerika seinen eigenen politischen Weg, ebenso wie die arabischen und asiatischen Länder. Zusammen verfügen diese verschiedenen Gruppen über die Zweidrittelmehrheit, so dass sie im Grunde genommen die Möglichkeit haben, jeden Antrag der Grossmächte zu vereiteln. Für wichtige Entscheidungen sind übrigens die Westmächte der erforderlichen Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung nicht mehr sicher. Eine Koalition des Sowjetblocks und der arabisch-asiatischen Gruppe für beschränkte Ziele gilt keineswegs als ausgeschlossen. Enthalten sich dann nur zwei südamerikanische Staaten der Stimme, gibt es keine Zweidrittelmehrheit mehr. Aus diesem Grunde ist Washington auch nicht bereit, die vorgeschlagene gemeinsame Aufnahme von drei östlichen und drei westlichen Ländern in die Vereinten Nationen zu billigen, denn dadurch würde sich das Stimmenverhältnis noch weiter zugunsten des Ostblocks verschieben.

Unabhängig von diesem hauptsächlich negativen Einfluss der kleineren Staaten liegt die Entscheidung über die weitere, internationale Entwicklung unverändert bei den Grossmächten, d.h. praktisch bei den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Dieser Eindruck wurde durch die Diskussionen in Paris noch unterstrichen. Allgemein glaubt man, die Sowjetunion arbeite auf eine neue Vierer- oder Fünferkonferenz hin und lege ihnen besonderen Wert auf die Vereinten Nationen. Verschiedene politische Beobachter, besonders innerhalb der französischen Delegation, gehen noch einen Schritt weiter und vertreten die Ansicht, Moskau sabbriere bevorzugt die UNO, weil es in entscheidenden Abstimmungen nicht dauernd in der Minderheit bleiben wolle, worin es für sein internationales Prestige einen erheblichen Nachteil sehe. Bei einer Fünferkonferenz sei das Verhältnis drei zu zwei, und nicht fünfzig zu fünf.

Goebbels Schatten noch nicht verblasst

(sp) Einer der politisch wichtigsten Bundestags-Ausschüsse ist unzweifelhaft der Film-, Presse- und Rundfunkausschuss. Mit bisher 47 Sitzungen war er auch einer der fleissigsten. Leider bestehen nicht immer Kausalzusammenhänge zwischen Fleiss und Erfolg. Das politische Ergebnis dieser Ausschussarbeit ist leider sehr kläglich, da es dem Ausschuss nicht gelungen ist, auch nur in einer der wichtigen politischen Fragen entscheidenden Einfluss zu nehmen, geschweige denn selber von seiner vornehmsten und ureigensten Aufgabe, nämlich der legislativen Lenkung des öffentlichen Lebens, Gebrauch zu machen.

Woran hat das nun gelegen? Eine eingehende Betrachtung der Ausschussarbeit ergibt folgendes Bild: Von insgesamt 47 Ausschusssitzungen haben sich 32 mit Film-, 3 mit Rundfunk- und nur eine mit Pressefragen beschäftigt. 11 Sitzungen hatten eine gemischte Tagesordnung. Dieses Verhältnis 32 : 3 : 1 steht in ungekehrtem Verhältnis zu der politischen Bedeutung der einzelnen Sparten dieses Ausschusses. Bei näherer Durchsicht der Protokolle ergibt sich auch noch, dass die so karge Behandlung von Presse- und Rundfunkfragen hauptsächlich im Jahre 1949, also zu Beginn der Parlamentsarbeit, erfolgte, während in den letzten 1 1/2 Jahren nur rein "technische" Fragen, wie Wellenlängen und Papierversorgung der Presse, mit auf der Tagesordnung standen.

Dafür hat man aber eifrig über Fragen der Filmwirtschaft diskutiert, die zu lösen einem Finanzfachmann vorbehalten sein werden. Es kann nicht die Aufgabe des Film-, Presse- und Rundfunkausschusses sein, die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die damit verbundenen gegenseitigen Streitigkeiten über einzelnen Filmsparten zu beseitigen. Leider hat man über zwei Jahre gebraucht, bis man zu dieser Erkenntnis kam. Obwohl man sonst so eifrig bemüht war, die Vertraulichkeit der Ausschüsse zu wahren, sassen in diesem Ausschuss die Interessenvertreter der Filmsparten, geladen von dem Ausschussvorsitzenden Dr. Vogel (CDU) als "Sachverständige", in solcher Überzahl, dass es erst des dringenden Einspruches des SPD-Abgeordneten Hennig bedurfte, um diesen Zustand zu beseitigen. Und was ist das Endergebnis dieser endlosen Tagungen? Da es sich in der Haupt-

sache um reine Wirtschaftsfragen des Filmes handelte, hat der Wirtschaftspolitische Ausschuss (endlich!) die Initiative an sich gezogen und der Film-, Presse-, Rundfunkausschuss hat lediglich beratende Funktion. Und so ist das auch in der Ordnung.

Es geht nicht an, dass ein wichtiger Ausschuss des Parlaments politisch einen völlig falschen Kurs steuert, bloss weil der Vorsitzende gewisse Filmambitionen hat. Die Aufgabe der Parlamentarier ist die politische legislative Lenkung der Staatsinteressen und nicht eine Verzettelung in Kleinigkeiten, die Aufgabe der Exekutive und untergeordneter Organe sind. Zwei Jahre lang hat man über die so wichtigen Gesetze wie Presse- und Rundfunkgesetz sich kaum gekümmert. Die Folgen dieses politischen Versäumnisses sehen wir täglich. Die Fälle der Journalisten Schulze und Platow und das Anschwellen nazistisch verseuchter Schmähartikel in selbst sonst seriösen Zeitungen sprechen eine deutliche Sprache. Der Staatsvertrag über den Südwestfunk, die Einmischungsversuche der Bundesregierung in den NWDR und nicht zuletzt das fertige Rundfunk- und Pressegesetz in der Schublade des Herrn Dr. Lehr sollten den Parlamentariern als Warnung dienen, dass die Exekutive ihnen nicht ihre ureigenste Aufgabe aus der Hand nimmt. Der Schatten Joseph Goebbels ist noch nicht völlig verblasst.

+ + +

Saar-Gewerkschaften sollen gleichgeschaltet werden

~~xxx~~, Saarbrücken

Wie aus Kreisen der Einheitsgewerkschaft des Saargebietes und des oppositionellen Industrieverbandes Bergbau verlautet, sind bei der Saarregierung zurzeit Bestrebungen im Gange, die Gewerkschaften auf die Linie der offiziellen Saarpolitik festzulegen. Gleichzeitig macht sich bei der frankophilen SPS-Führung eine bemerkenswerte Aktivität im Verhältnis ihrer Partei zur Einheitsgewerkschaft bemerkbar.

Wie der Saar-Ministerpräsident Hoffmann auf einem Kreisparteitag seiner Partei kürzlich erklärte, werden gegenwärtig Verhandlungen geführt, die eine Neu-Organisation der Gewerkschaftsbewegung herbeiführen sollen. Dabei ist geplant, den Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Karl Hillenbrand, der der verbotenen DPS angehört, sowie die Führer des Industrieverbandes Bergbau und einiger anderer Verbände der Einheitsgewerkschaft zu entfernen. Man will entweder die damals mit starker Unterstützung der

Christlichen Volkspartei gegründeten Christlichen Gewerkschaften und die Einheitsgewerkschaft in einer neuen, einheitlichen Gewerkschaftsorganisation mit entsprechend frankophiler Führung zusammenfassen oder - falls dies nicht gelingt - Richtungsgewerkschaften gründen. Die sozialistisch beeinflusste Organisation sollte dann unter dem SPS-Vorsitzenden Kirn arbeiten.

Mit diesen von dem französischen Hochkommissar Grandval inspirierten Bestrebungen will man den stärksten Faktor der deutschen Opposition im Saargebiet ausschalten. In Anbetracht der beständigen Kaufkraftverminderung durch die inflationistischen Erscheinungen der letzten Zeit war in beiden Gewerkschaften eine immer stärker werdende Orientierung nach den Bruderorganisationen im Bundesgebiet erfolgt.

+ + +

"Frieden - Ja! Kommunismus - Nein!"

-----  
Ein Setzer sagte die Wahrheit

(sp) In der sowjetischen Besatzungszone wurde, wie jetzt erst bekannt wird, vor einiger Zeit die Schleitzer Ausgabe des thüringischen SED-Organs "Das Volk" vom 8. Oktober 1951 mit bis zu 20.- DM Ost gehandelt - eine höchst seltsame Erscheinung in einem Lande, in welchem Zeitungen in den Augen des überwiegenden Teils der Bevölkerung ihren wesentlichen Wert als Einwickelpapier haben.

Und der Grund? Ein Setzer dieser Zeitung hatte es gewagt und fertig gebracht, einen schwülstigen Freundschaftsartikel über die Sowjet-Union mit antisowjetischen Parolen durchzusetzen. Und ohne dass es jemand rechtzeitig gemerkt hätte, wurde diese Nummer so gedruckt und so vertrieben. Die nachträgliche Beschlagnahme durch die Volkspolizei hatte nur spärlichen Erfolg. Heute noch zirkulieren viele Exemplare unter der Hand. Dem Setzer gelang es, sich nach West-Berlin in Sicherheit zu bringen.

Uns liegt eine Photographie des Artikels "Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!" vor. In unauffällig zwischen den eigentlichen Text geschobenen Zeilen liest man dort z.B.: "Wenn die SED über Adenauer hinweg handeln will, dann handelt das Volk über die SED hinweg" oder "Wenn es heißt: Ami go home, dann aber auch: Ruski go home" oder "Frieden - Ja! Kommunismus - Nein!" oder "Wir wollen keine Sklaven der Sowjet-Union werden. Niemals!"

Die politischen Stellen in Thüringen fürchten, dass das Beispiel Schule machen könnte. Gewiss kann und soll mit solchen Dingen kein Umsturz eingeleitet werden, aber sie sind bezeichnend für den Geist der wachen Widerstandsbereitschaft, der sich immer von neuem gegen das schleichende Gift der politischen Ermüdung und Resignation durchsetzt.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau